

Antwort der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine des LSVD Berlin-Brandenburg zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Guten Tag,

wir danken Ihnen herzlich für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine und für Ihr langjähriges Engagement für die Rechte, die Sicherheit und die gesellschaftliche Teilhabe von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen und queeren Menschen in Berlin.

Der LSVD Berlin-Brandenburg leistet seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag dazu, Diskriminierung sichtbar zu machen, Betroffene zu unterstützen und gesellschaftliche Debatten konstruktiv mitzugestalten. Wahlprüfsteine wie die Ihren fördern Transparenz und ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern, die Positionen der demokratischen Parteien miteinander zu vergleichen. Dafür danken wir Ihnen ausdrücklich.

Für uns steht die Freiheit jedes einzelnen Menschen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Jeder Mensch soll unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sein Leben selbstbestimmt, sicher und frei von Diskriminierung gestalten können. Berlin soll Europas Regenbogenhauptstadt bleiben – nicht nur durch seine Geschichte und seine Vielfalt, sondern auch durch einen Rechtsstaat, der Freiheit schützt, gleiche Chancen gewährleistet und Hass sowie Gewalt konsequent entgegentritt.

Dabei teilen wir viele der von Ihnen beschriebenen Ziele. An einzelnen Stellen unterscheiden wir uns allerdings in der Frage, mit welchen politischen Instrumenten diese Ziele am wirksamsten erreicht werden können. Wo dies der Fall ist, möchten wir unsere liberale Sichtweise offen und nachvollziehbar erläutern.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Wir beantworten Ihre Fragen wie folgt:

1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von

Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Schutz der Rechte von LSBTIQ*-Menschen und zu einer offenen Stadtgesellschaft, in der jeder Mensch frei und ohne Angst leben kann. Unser Grundsatzprogramm beschreibt Berlin als Regenbogenhauptstadt Europas und stellt die Würde und die Freiheit jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt liberaler Politik. Gewalt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wollen wir konsequent bekämpfen.

Wir erkennen ausdrücklich an, dass Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie Communitystrukturen einen wichtigen Beitrag leisten. Gerade für junge Menschen, für Betroffene von Diskriminierung oder Gewalt sowie für Menschen in schwierigen Lebenssituationen stellen sie oftmals eine unverzichtbare Unterstützung dar. Gleichzeitig unterscheiden wir uns in der Frage der Ausgestaltung staatlicher Förderung. Aus liberaler Sicht sollte die Wirksamkeit einer Maßnahme im Mittelpunkt stehen und nicht ihre organisatorische Form. Deshalb stehen wir dauerhaften, festgeschriebenen Haushaltslinien grundsätzlich zurückhaltend gegenüber. Wir bevorzugen eine transparente, mehrjährige und verlässliche Förderung dort, wo nachweislich ein gesellschaftlicher Bedarf besteht und die eingesetzten Mittel messbare Wirkung entfalten.

Ebenso gilt für uns, dass die Einrichtung zusätzlicher Beauftragtenstrukturen sorgfältig darauf geprüft werden sollte, ob sie einen tatsächlichen Mehrwert gegenüber bestehenden Verwaltungsstrukturen schafft. Entscheidend ist aus unserer Sicht nicht die Zahl staatlicher Stellen, sondern dass die Anliegen der Betroffenen wirksam bearbeitet werden und Zuständigkeiten klar geregelt sind.

Unabhängig davon unterstützen wir den Erhalt einer vielfältigen Beratungs- und Unterstützungslandschaft in Berlin. Gerade in einer wachsenden und vielfältigen Metropole braucht es verlässliche Anlaufstellen für Menschen, die Beratung oder Unterstützung benötigen.

2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität benachteiligt oder bedroht werden. Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheit jedes Menschen wirksam zu schützen und Straftaten konsequent zu verfolgen.

Unser Schwerpunkt liegt deshalb auf einer leistungsfähigen Polizei, einer funktionierenden Justiz und einer konsequenten Strafverfolgung. Hasskriminalität gegen LSBTIQ*-Menschen muss schnell erkannt, konsequent verfolgt und statistisch transparent erfasst werden. Betroffene müssen niedrigschwellige Möglichkeiten erhalten, Straftaten anzuzeigen und Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Darüber hinaus unterstützen wir Präventionsarbeit, Aufklärung und Kooperationen zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sicherheit

entsteht dort am nachhaltigsten, wo Strafverfolgung, Prävention und gesellschaftliche Sensibilisierung zusammenspielen.

Hinsichtlich des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes vertreten wir allerdings eine differenzierte Auffassung. Unser Ziel ist ein wirksamer Schutz vor Diskriminierung. Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass rechtsstaatliche Grundsätze, insbesondere faire Verfahren und die Rechtssicherheit für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, jederzeit gewahrt werden. Wir sehen deshalb Reformbedarf dort, wo Rechtsunsicherheiten bestehen oder das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Verwaltung beeinträchtigt werden könnte.

Unser gemeinsames Ziel bleibt dennoch eindeutig: Niemand soll in Berlin aufgrund seiner Identität Angst vor Benachteiligung oder Gewalt haben müssen.

3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

Die Berliner Verwaltung muss allen Menschen offen, respektvoll und diskriminierungsfrei begegnen. Dies gilt unabhängig von Herkunft, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Qualifizierung und Fortbildung der Beschäftigten sind hierfür wichtige Instrumente. Deshalb unterstützen wir bedarfsgerechte Fortbildungsangebote, insbesondere für Bereiche mit regelmäßigem Bürgerkontakt oder besonderen Beratungsaufgaben. Einen Unterschied sehen wir jedoch bei der Frage einer generellen Verpflichtung für sämtliche Beschäftigten der Berliner Verwaltung. Aus unserer Sicht sollte Fortbildung zielgerichtet und aufgabengerecht erfolgen. Unterschiedliche Behörden und Tätigkeitsbereiche haben unterschiedliche Anforderungen. Deshalb halten wir verpflichtende Schulungen für alle Beschäftigten unabhängig von ihrem Aufgabenbereich nicht für das wirksamste Instrument.

Stattdessen setzen wir auf eine moderne Personalentwicklung, die Führungskräfte stärkt, Diskriminierung konsequent ahndet und Beschäftigten dort Qualifizierungsangebote macht, wo sie für die tägliche Arbeit erforderlich sind. Unabhängig davon erwarten wir selbstverständlich von allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen respektvollen, diskriminierungsfreien und professionellen Umgang mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Anspruch ergibt sich für uns unmittelbar aus dem Selbstverständnis eines freiheitlichen Rechtsstaats.

4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

Wir stehen für eine Schule, die junge Menschen zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten und toleranten Persönlichkeiten befähigt. Dazu gehört selbstverständlich, dass Schülerinnen und Schüler lernen, anderen Menschen mit Respekt zu begegnen und Vielfalt als Teil unserer freiheitlichen Gesellschaft zu verstehen.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität angstfrei lernen können. Vielfalt und gegenseitiger Respekt sind für uns keine Randthemen, sondern Ausdruck einer offenen demokratischen Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt altersgerecht im Unterricht vermittelt und Diskriminierung konsequent entgegengewirkt wird.

Gleichzeitig wollen wir Lehrkräfte bestmöglich unterstützen. Dazu gehören zeitgemäße Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote, die sie befähigen, sensibel mit unterschiedlichen Lebensrealitäten umzugehen und Diskriminierung frühzeitig zu erkennen und ihr entgegenzutreten. Dies entspricht auch unserem Beschluss zur [queeren Bildungsoffensive](#), mit dem wir Freiheit und Vielfalt im Bildungswesen stärken wollen.

Aus liberaler Sicht sollten Bildungsziele verbindlich sein, die konkrete pädagogische Umsetzung jedoch den Schulen und den Lehrkräften den notwendigen Gestaltungsspielraum lassen. Gute Bildung entsteht nicht durch immer detailliertere Vorgaben, sondern durch hervorragend ausgebildete Lehrkräfte, pädagogische Freiheit und hohe Unterrichtsqualität.

Unser gemeinsames Ziel bleibt eine Schule, in der jedes Kind unabhängig von seiner Identität sicher lernen kann und niemand Ausgrenzung oder Diskriminierung erfährt.

5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

Die gesundheitliche Versorgung muss allen Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität offenstehen. Für uns ist entscheidend, dass Patientinnen und Patienten zeitnah Zugang zu einer qualitativ hochwertigen, evidenzbasierten und respektvollen medizinischen Versorgung erhalten.

Unser Wahlprogramm wird hier sehr konkret: Wir setzen uns für eine vorurteilsfreie Begleitung von Transitionen sowie für psychologische Beratungsangebote und eine hochwertige medizinische Versorgung ein. Queersensible Gesundheitsversorgung darf kein Zufall sein. Deshalb wollen wir ein strukturiertes Angebot queersensibler Versorgung im gesamten Stadtgebiet stärken – insbesondere im Umgang mit Trans-Identitäten.

Dazu gehören aus unserer Sicht die bessere Vernetzung bestehender Angebote, die Qualifizierung medizinischer Fachkräfte sowie der Abbau unnötiger Zugangshürden. Berlin verfügt mit der Charité und zahlreichen spezialisierten Einrichtungen über hervorragende Voraussetzungen, diese Kompetenz weiter auszubauen und als Gesundheitsmetropole auch im Bereich queersensibler Versorgung Maßstäbe zu setzen.

Neue staatliche Strukturen sind für uns dabei kein Selbstzweck. Entscheidend ist, dass Betroffene schnell, wohnortnah und kompetent versorgt werden. Deshalb setzen wir auf

wirksame Angebote, wissenschaftlich fundierte Medizin und eine leistungsfähige Regelversorgung statt auf zusätzliche Bürokratie.

6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

Für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Der Staat sollte Familien nicht nach ihrer Form unterscheiden, sondern sie dabei unterstützen, ihr Leben möglichst unkompliziert und selbstbestimmt zu gestalten.

Gerade deshalb sehen wir erheblichen Verbesserungsbedarf bei Verwaltungsverfahren. Wir verfolgen das Ziel einer umfassend digitalisierten, serviceorientierten Verwaltung, in der Behördengänge möglichst einfach, schnell und nachvollziehbar erledigt werden können. Davon profitieren Regenbogenfamilien ebenso wie alle anderen Familien in Berlin.

Wir unterstützen deshalb eine Vereinheitlichung und Vereinfachung von Verwaltungsabläufen sowie den Abbau unnötiger bürokratischer Hürden. Wo Landesrecht oder Verwaltungsvorschriften verbessert werden können, sollten diese Möglichkeiten genutzt werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass sich Berlin auf Bundesebene noch stärker für die vollständige Gleichstellung von Regenbogenfamilien einsetzt. Dazu gehört insbesondere eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts. Außerdem darf die zusätzliche Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen durch das Land Berlin homosexuelle Paare und Alleinstehende nicht schlechter stellen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen durch die gesetzliche Krankenversicherung auch für unverheiratete Paare, homosexuelle Partnerschaften und Alleinstehende geöffnet wird.

Für die Berliner Verwaltung gilt unabhängig davon: Alle Familien verdienen einen respektvollen, professionellen und diskriminierungsfreien Umgang. Mitarbeitende müssen über die geltende Rechtslage informiert sein und Bürgerinnen und Bürger kompetent beraten können. Unser Ziel bleibt eine Verwaltung, die Familien unterstützt, statt sie mit unnötiger Bürokratie zu belasten.

7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

Queere Clubs, Bars, Cafés, Festivals, Archive und Community-Projekte prägen Berlin als Regenbogenhauptstadt Europas. Sie sind Orte der Begegnung, der Kultur und der Erinnerung, zugleich aber auch ein bedeutender Wirtschafts- und Tourismusfaktor für

unsere Stadt. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Berlin weltweit als weltoffene und vielfältige Metropole wahrgenommen wird.

Wir wollen deshalb Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich diese Vielfalt dauerhaft entfalten kann. Berlin muss ein sicherer Raum queerer Freiheits- und Erinnerungskultur bleiben.

Der wirksamste Beitrag des Landes besteht aus unserer Sicht darin, Bürokratie abzubauen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für Kultur, Gastronomie und Clubszone zu schaffen. Gerade queere Kulturorte benötigen Planungssicherheit und eine Verwaltung, die ermöglicht statt verhindert.

Wo gemeinnützige Beratungs-, Kultur- oder Begegnungsangebote gesellschaftlich wichtige Aufgaben übernehmen, unterstützen wir eine verlässliche Förderung.

Gleichzeitig gilt für uns der Grundsatz, dass öffentliche Mittel transparent, nachvollziehbar und wirkungsorientiert eingesetzt werden sollen.

Unser Ziel ist ein Berlin, in dem queeres Leben sichtbar bleibt, kulturelle Vielfalt gefördert wird und Freiheit auch künftig den Charakter unserer Stadt prägt.

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Seniorinnen und Senioren in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

Für uns Freie Demokraten endet Selbstbestimmung nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Jeder Mensch soll unabhängig vom Alter die Möglichkeit haben, sein Leben eigenständig, würdevoll und entsprechend seiner persönlichen Lebensgeschichte zu gestalten.

Dies gilt selbstverständlich auch für lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Seniorinnen und Senioren. Viele von ihnen haben über Jahrzehnte gesellschaftliche Ausgrenzung erlebt. Daraus können im Alter besondere Herausforderungen entstehen – etwa die Sorge vor Diskriminierung in Pflegeeinrichtungen oder die Angst, die eigene Identität erneut verbergen zu müssen.

Unser Wahlprogramm verfolgt das Ziel, älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und Barrieren im Alltag konsequent abzubauen. Gute Pflege bedeutet für uns deshalb immer auch einen respektvollen Umgang mit der Individualität jedes Menschen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste eine diskriminierungsfreie Versorgung gewährleisten und die unterschiedlichen Lebensrealitäten ihrer Bewohner respektieren. Dazu gehören eine gute Aus- und Fortbildung des Personals, klare Qualitätsstandards sowie ein professioneller Umgang mit Vielfalt.

Ebenso unterstützen wir quartiersbezogene Angebote, die Vereinsamung vorbeugen, Begegnung ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe fördern. Solche Angebote sollten allen älteren Menschen offenstehen und zugleich sensibel für unterschiedliche Lebensgeschichten sein.

Unser Ansatz besteht dabei nicht darin, Menschen in möglichst viele Gruppen einzuteilen, sondern jedem Einzelnen mit Respekt, Würde und Professionalität zu begegnen. Gute Pflege erkennt den Menschen – nicht ein Etikett.

9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt. Diese Vielfalt spiegelt sich seit Jahrzehnten in ihrer Kunst, ihrer Kultur, ihrem Sport und ihren Medien wider. Das ist eine Stärke unserer Stadt, die wir ausdrücklich erhalten und weiterentwickeln wollen.

Wir treten für die Freiheit von Kunst, Kultur, Medien und Sport ein. Unser Grundsatzprogramm stellt die Kunstfreiheit ausdrücklich unter besonderen Schutz und beschreibt Berlin als offene, vielfältige und freiheitliche Metropole.

Wir begrüßen deshalb, wenn unterschiedliche Lebensrealitäten selbstverständlich sichtbar werden. Sichtbarkeit entsteht aus unserer Sicht jedoch in erster Linie durch die Freiheit künstlerischen und gesellschaftlichen Schaffens – nicht durch staatlich vorgegebene Quoten oder politische Steuerung kultureller Inhalte.

Auch bei Förderprogrammen setzen wir auf transparente Qualitätskriterien und faire Wettbewerbsbedingungen. Öffentliche Förderung sollte sich an der Qualität eines Projekts, seiner gesellschaftlichen Relevanz und seiner kulturellen Bedeutung orientieren. Eine vielfältige Förderlandschaft wird regelmäßig dazu beitragen, dass auch Projekte mit queerem Bezug angemessen berücksichtigt werden.

Im Sport unterstützen wir ein diskriminierungsfreies Miteinander und ein konsequentes Vorgehen gegen jede Form von Hass, Ausgrenzung und Gewalt. Sportvereine sollen Orte sein, an denen alle Menschen unabhängig von ihrer Identität willkommen sind und sich sicher fühlen können.

Unser Ziel ist eine offene Gesellschaft, in der Vielfalt selbstverständlich sichtbar ist, ohne dass der Staat kulturelle Entwicklungen im Einzelnen vorgibt.

10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

Menschen, die vor Verfolgung fliehen mussten, verdienen Schutz und ein faires rechtsstaatliches Verfahren. Dies gilt in besonderem Maße für Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden.

Deshalb wollen wir, dass Berlin sich stärker für Schutzunterkünfte und Beratungsangebote für queere Menschen engagiert – insbesondere für queere Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte. Gerade sie sind häufig besonderen Gefährdungen ausgesetzt und benötigen sichere Unterbringung sowie spezialisierte Beratungsangebote.

Für uns Freie Demokraten ist der Schutz besonders vulnerabler Personen eine staatliche Aufgabe. In Gemeinschaftsunterkünften müssen Gewalt, Einschüchterung und

Diskriminierung konsequent verhindert werden. Besondere Schutzbedarfe müssen bei Unterbringung und Betreuung frühzeitig berücksichtigt werden. Gleichzeitig unterstützen wir die enge Zusammenarbeit zwischen Unterkünften, Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen.

Unser Ziel ist zugleich eine gelingende Integration. Deshalb setzen wir uns für schnelle Verfahren, einen frühen Zugang zu Bildung und Arbeit sowie die Vermittlung der Werte unseres freiheitlichen Rechtsstaats ein. Dazu gehören die Gleichberechtigung aller Menschen, die Achtung der sexuellen Selbstbestimmung und der konsequente Schutz vor Hass und Gewalt.

Wer dauerhaft in Berlin lebt, muss diese Grundwerte respektieren. Gewalt oder Einschüchterung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität dürfen niemals toleriert werden und müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

Wir danken Ihnen nochmals für Ihre Wahlprüfsteine und für die Gelegenheit, unsere Positionen darzulegen. Fragen und Antworten werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin